Die Arbeiterklasse muß ihre geschichtliche Aufgabe erkennen und im Vertrauen auf die eigene Kraft den Kampf für eine klassenlose Gesellschaft aufnehmen

DIE REVOLUTIONÄRE STIMME

Zeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten – Leninisten

Nr. 5 **NEUE EINHEIT** **17.9.71**

Das Westberlin-Abkommen – ein imperialistischer Kuhhandel

Am 3.September wurde in Westberlin von den Botschaftern der vier Mächte ein Abkommen über Westberlin unterzeichnet, das von den imperialistischen und sozialimperialistischen Ausbeutercliquen als "historisches Ereignis", als "Meilenstein im politischen Leben Europas" gefeiert wurde. Sie lobten dieses Abkommen in hohen Tönen als einen Erfolg ihrer Entspannungspolitik.

Die Massen hegen ein berechtigtes Mißtrauen gegen die Friedensheuchelei der Großmächte, denn sie wissen sehr genau, daß bei solchen imperialistischen Abkommen noch nie etwas für sie herausgesprungen ist. Was kann es den Volksmassen auch Gutes bringen, wenn die Imperialisten und Sozialimperialisten miteinander um ihre Einflußgebiete und um die Vorherrschaft in Europa schachern? Westberlin wollen sie dabei zur "Drehscheibe" für ihre Ost-West-Geschäfte , die auf Kosten der Völker Europas gehen, und zum Bindeglied der internationalen Reaktion machen. Dieser Kuhhandel hatte sich schon seit langem angebahnt, spätestens mit dem westdeutsch-sowjetischen Vertrag vom letzten Jahr.

Die USA und die UdSSR rivalisieren noch immer in Europa miteinander, gleichzeitig kollaborieren beide hier miteinander, und sind hauptsächlich daran interessiert ihren Einfluß zu halten und die Nationen so weit wie nur möglich in Abhängigkeit zu halten. Die sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten brauchen Ruhe in Mitteleuropa, um ungestört Kriegsvorbereitungen gegen die Volksrepublik China treffen zu können, und wollen sich deshalb mit der Bundesrepublik, ihrem imperialistischen Nachbarn im Westen gut stellen, um den Rücken frei zu haben. Die westdeutschen Imperialisten versuchen die Gegensätze zwischen den beiden "Supermächten" und die Aggressionsabsichten der Sozialimperialisten gegen die VR China auszunutzen, um sich selbst zur Vormacht in Europa aufzuschwingen. Sie wollen Westberlin zum Brückenkopf für ihr wirtschaftliches und politisches Eindringen in Osteuropa ausbauen. Dabei nutzen sie gegenwärtig die Kompromißbereitschaft der Sowjetunion aus. Ganz sicher werden sie dabei wieder in Konflikt mit der Sowjetunion kommen. Wenn die Imperialisten und Sozialimperialisten heute von "Frieden" und "Entspannung" reden und sich scheinbar einig sind, dürfen die Volksmassen sich dadurch nicht täuschen lassen. Die gegenwärtige Friedensphase ist nur eine Zwischenepisode in den Beziehungen der Imperialisten.

aus dem Inhalt:

Die 15%-Forderung ist vollkommen berechtigt

Die berechtigten Forderungen der Lehrlinge müssen von der ganzen Arbeiterklasse getragen werden

Geheuchelte "Fürsorge" der BILD-Zeitung (ein Artikel über die Arbeitslosenversicherung)

Sie stecken miteinander die Positionen ab und versuchen sich gegenseitig auszuspielen und zu übertölpeln. Das Band ihrer Einigkeit besteht höchstens in der verstärkten Ausbeutung und Unterdrückung der Völker. So paktieren z.B. gegenwärtig westdeutsche Imperialisten mit der polnischen Revisionistenclique. Westdeutsches Kapital macht riesige Profite, indem es für niedrige Löhne in Polen produzieren läßt und dabei die Unterdrückung des polnischen Volkes durch die revisionistischen Banditen ausnutzt. Diese sind gern dazu bereit, um sich ein paar Devisen in die eigene Tasche zu wirtschaften.

Die revisionistischen Ausbeutercliquen begehen schändlichen Verrat an den Rechten der Völker

Im Gegensatz zu den Imperialisten, die die Rechte der Völker in Wirklichkeit mit Füssen treten, haben die Kommunisten stets das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung geachtet. Auf den Vier-Mächte-Konferenzen am Ende des 2. Weltkrieges waren Stalin und Molotow die einzigen, die sich konsequent für die nationale Einheit Deutschlands und das Selbstbestimmungsrecht für eine antifaschistische deutsche Regierung einsetzten. Die heute in der Sowjetunion herrschende Breschnew-Clique verkauft dagegen skrupellos die nationale Souveränität ihrer sogenannten "Bruderländer" wie der DDR. Für sie sind die schändliche Kriegstreiberei gegen das sozialistische China und die militärischen Vorbereitungen für einen Überfall auf das chinesische Volk so wichtig, daß sie an ihrer "Westflanke" den westdeutschen Imperialisten ein Zugeständnis nach dem anderen machen. Besonders in der Westberlin-Frage wichen die Sowjetrevisionisten parallel mit ihrer zunehmenden Entartung Schritt für Schritt vom rechtmäßigen Standpunkt ab, daß Westberlin auf dem Territorium der DDR liegt und zu dieser gehört. Zunächst machten sie aus Westberlin eine "entmilitarisierte Freistadt", dann eine "Selbständige politische Einheit" und jetzt garantieren sie im Westberlin-Abkommen sogar, daß Westberlin mit der Bundesrepublik wirtschaftlich, kulturell und politisch eng verbunden ist. 1954 hat die damals noch sozialistische Sowjetunion der DDR die volle nationale Souveränität zurückgegeben. Je mehr sie jedoch zu einem revisionistischen und sozialimperialistischen Land entartete, desto frecher setzte sie sich über die Rechte anderer Nationen, insbesonders auch der DDR, hinweg und desto tiefer mischte sie sich in deren innere Angelegenheiten ein.

Eine Reihe von DDR-Führern mischt bei diesem ungeheuren Verrat an der Bevölkerung der DDR nach Kräften mit und lobpreist das Westberlin-Abkommen als "bedeutsamen Schritt auf dem Weg zur Entspannung im Zentrum Europas". Ihre frühere, berechtigte Forderung nach vorheriger Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik haben sie einfach fallengelassen.

Es hat den Anschein, als seien entscheidende "Fortschritte" in den Westberlin-Verhandlungen erst nach der Ablösung Ulbrichts durch die Honecker-Clique erzielt worden; denn Ulbricht hat den westdeutschen Imperialisten niemals solch extreme Zugeständnisse gemacht. Die Honecker-Clique ist schon soweit herabgesunken, daß heute nur noch Scheingefechte gegen die westdeutschen Imperialisten geführt werden, um ein

(Fortsetzung auf S.7)

Wir fordern für die Metalltarifrunde:

15% Erhöhung der Löhne

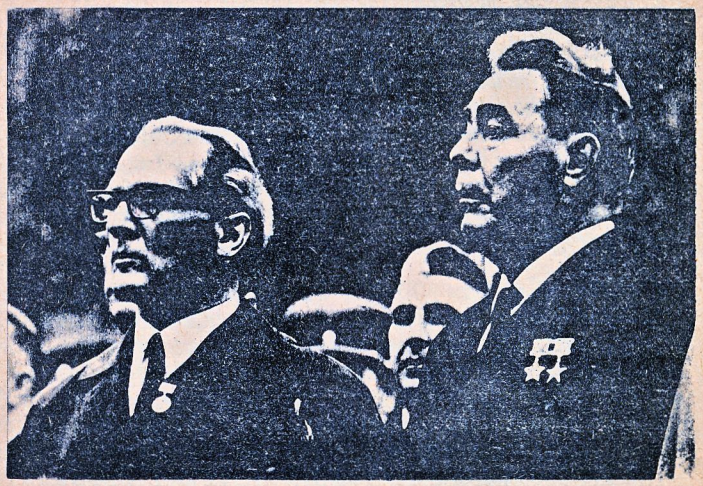
tarifliche Absicherung der betrieblichen Effektivlöhne

Abschaffung der diskriminierenden Lohngruppen 2 und 3

Redaktionelle Notiz:

Diese Ausgabe erscheint aus bestimmten Gründen, die unsere Arbeit verzögerten, um einige Tage verspätet.

Die nächste Ausgabe erscheint wieder Anfang übernächster Woche.



Die beiden Renegaten Breschnew und Honecker sind Verräter an den osteuropäischen Völkern

Die 15% Forderung ist vollkommen berechtigt

In einer Reihe von Betrieben in Westdeutschland, wie z.B. bei Hoesch in Dortmund, Ford in Köln und Klöckner in Bremen, wurde eine 15-17% ige Lohnerhöhung für die Metalltarifrunde gefordert. Die Gewerkschaftsführung hat, um die Forderung fürs erste herunterzudrücken, eine Forderung von 9- 11% aufgestellt. Wir berichteten bereits in unserer letzten Ausgabe, daß dies nur"ein Schritt" des Gewerkschaftsapparates ist, um schließlich die tatsächliche Lohnerhöhung in einem "Kompromiß" auf 6-7% herabzudrükken.

Indessen läßt sich eindeutig nachweisen, daß die 15% Forderung der Arbeiter schon allein zur Erhaltung ihres Lebensstandards vollkommen gerechtfertigt ist. Berechnet man allein die Preiserhöhungen, wie sie für die Arbeiter ins Gewicht fallen, dann ergibt sich eine Verteuerung um mindestens 8-10% innerhalb eines Jahres. Darin sind aber noch nicht die ständige Qualitätsminderung der Waren, die von den Kapitalisten bewußt vorangetrieben wird, enthalten. Auch die Steuererhöhungen sind noch nicht einbegriffen.

Außer den Preiserhöhungen ist es vor allem aber die Steigerung der Arbeitshetze, die für die Arbeiter eine 15%ige Lohnerhöhung notwendig macht. Durch das immer mörderische Arbeitstempo wird Raubbau an der Gesundheit der Arbeiter betrieben. Es ist mehr als selbstverständlich, daß die Arbeiter bei diesem Verschleiß entsprechend höhere Löhne benötigen.Es ist bekannt, wie sehr auch innerhalb des letzten Jahres wieder Bandgeschwindigkeiten und Akkordsätze heraufgesetzt worden sind.Die gesamte "Rationalisierung" läuft auf eine intensivere Ausbeutung der Arbeiter hinaus. Die Pro-Kopf-Produktion z.B. bei SEL stieg innerhalb eines Jahres von 41 800 DM auf 48 184 DM, also eine Steigerung um 15,2%, die zum größten Teil durch eine Mehrbelastung der Arbeiter erreicht worden ist.

Bei Siemens steigerte sich der Umsatz bei etwa gleicher Belegschaft um 22% gegenüber dem Vorjahr, so daß die Aktionäre allein 161 Millionen DM Dividende einstreichen konnten. Die vermehrte Auspressung der Arbeiter schlug sich in der Unfallstatistik bei Siemens nieder: Von 1967 bis 1970 stieg die Zahl der Unfälle um 20%!

Im Bundesgebiet steigerten sich von 1969 bis 1970 die Zahl der tödlichen Unfälle um 2,6%! Das alles beweist, daß der Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und den Ausbeutern sich weiter vertieft hat, daß die Ausbeuter den verhältnismäßig schwachen Klassenkampf der letzten 15 Jahre dazu ausgenutzt haben, die Ausbeutung auf hinterhältige Weise zu verschärfen.

Es kommt darauf an, daß die Arbeiter erkennen , daß das ganze Gerede von "steigendem Wohlstand" und von der "sozialen Sicherheit" nur verschleiern soll, daß sich die Ausbeutung in der Tat immer mehr verschärft hat. Das ganze "freundliche Gesicht" des Kapitalismus, die ganze Propaganda dient nur dazu, die Arbeiter noch mehr zu entwaffnen und der Arbeitshetze auszuliefern.

Zieht man die Preissteigerungen und die Arbeitshetze zusammen, dann erkennt man, daß die 15% Forderung sich noch gering gegenüber der vermehrten Ausbeutung ausnimmt und eine mäßige Forderung ist.

Die Tricks der Gewerkschaftsbonzen durchschauen!

Daß eine solche Lohnerhöhung berechtigt ist, das müssen auch einige höhere Gewerkschaftsfunktionäre zugeben. Aber sie führen als Argument an, daß in der jetzigen wirtschaftlichen Situation die Forderung "unvernünftig" sei. Gemeinsam mit der BILD-Zeitung vertreten sie den Standpunkt: "Wir sitzen doch alle in einem Boot." Besonders seit Nixons Wirtschaftsbeschlüssen versuchen sie, die Arbeiter durch "Maßhalteappelle" dazu zu bewegen, auf die Wirtschaftskrise des Imperialismus Rücksicht zu nehmen.

Es wäre aber völlig falsch, anzunehmen, daß die westdeutsche Bourgeoisie die Löhne nicht zahlen kann. Tatsache ist vielmehr, daß sich die westdeutsche Bourgeoisie das größenwahnsinnige Ziel gesteckt hat, die wirtschaftliche und politische Vormacht in Europa zu werden.

Der Kampf der imperialistischen Cliquen untereinander um Macht und Einflußgebiete hat sich soweit verschärft, daß gerade die westdeutsche Bourgeoisie, die die Vorherrschaft in Europa anstrebt, darangehen muß, die Arbeiter immer schärfer auszubeuten.

Dieser Kampf der Imperialisten untereinander, der nur ein Zeichen des Verfalls des ganzen kapitalistischen Systems ist, ist nicht der geringste Grund dafür, daß die Arbeiter auf ihre Lohnforderungen verzichten.

Im Gegenteil, wenn die Kapitalisten noch höhere Profitraten haben, dann werden sie sich noch wahnwitzigere Ziele stecken und die deutschen Arbeiter noch mehr auspressen und politisch unterdrücken. Besonders deutlich zeigt sich das bei der Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland, durch die hier Arbeitsplätze entzogen werden, was umso mehr betrieben wird, je mehr Kapital die Großbourgeoisie anhäuft. Eine weitere Taktik der Gewerkschaftsführer zur Niederdrückung der Lohnforderungen liegt darin, daß sie sich als scheinbar konsequente Verfechter ihrer 11%-Forderung aufspielen, um sich das Vertrauen der Arbeiter zu erschleichen. Sie stellen sich jetzt sogar scheinheilig hinter eine Kampffront für die 11%-Forderung. Dadurch dürfen sich die Arbeiter jedoch nicht täuschen lassen. Die vergangenen Tarifrunden haben gezeigt, daß die Gewerkschaftsführer mit dieser Heuchelei nur in den kampfbereitesten Betrieben etwas "Dampf ablassen" wollen.

Bei den Chemiestreiks hat die IG-Chemie ganz ähnlich sich als "konsequente Interessenvertretung" aufgespielt und dann "Punktestreiks" durchgeführt, die die Großkapitalisten überhaupt nicht getroffen haben und den Zweck der Täuschung und Spaltung der Arbeiter hatten.

Jetzt stellt die IG-Metallführung die 11%-Forderung, um das Heft erst einmal in die Hand zu bekommen und dann systematisch die Lohnforderungen der Arbeiter herunterzuschrauben. Deshalb hat es keinen Sinn, den Kampf unter Leitung der Gewerkschaftsbonzen zu führen, sondern er muß von der Masse der Arbeiter und den Gewerkschaftsmitgliedern wie 1969 selbständig getragen werden und sollte die gerechtfertigte 15-17%-Forderung durchsetzen.

Die berechtigten Forderungen der Lehrlinge müssen von der ganzen Arbeiterklasse getragen werden

Die Ausbildungsbeihilfen, die die Lehrlinge zur Zeit bekommen, decken in keiner Weise ihre Lebenshaltungskosten. Deshalb liegt die meiste finanzielle Last während der Ausbildungszeit bei den Eltern. Dabei ist es die Bourgeoisie, die schon während der Ausbildungszeit an den Lehrlingen verdient und vor allem die qualifizierten Arbeitskräfte bis zum 65. Lebensjahr der Menschen ausbeuten will. Deshalb sollen sie und nicht die Eltern für die Lebenshaltungskosten der Lehrlinge aufkommen.

Deshalb fordern wir:

- 450 DM für 15-16jährige Lehrlinge
- 500 DM für 17jährige Lehrlinge
- 600 DM für 18jährige und ältere Lehrlinge

Zu diesen Geldbeträgen sind wir durch folgende Überlegung gekommen:

- Lebenskosten eines 15-16jährigen, der im Haushalt seiner Eltern wohnt:

  100 DM für Miete (Wir gehen davon aus, daß einem 15-16jährigen ein eigenes Zimmer innerhalb der Wohnung zusteht.)
  200 DM für Nahrung
  150 DM für Kleidung, Fahrgeld, Hobbies usw.

- Auch die 17jährigen leben im allgemeinen noch im Haushalt ihrer Eltern. Wir sind aber der Meinung, daß ein 17jähriger erweiterte Möglichkeiten haben muß, um sich auf die Selbständigkeit vom Elternhaus vorbereiten und erste Anschaffungen machen zu können. Deshalb halten wir 500 DM als Mindestbetrag für notwendig.

- Für die Auszubildenden über 18 Jahre fordern wir 600 DM, damit sie ein völlig selbständiges Leben führen können. Wir gehen davon aus, daß man einen 18jährigen als volljährig betrachten muß und dies auch gesetzlich verankert werden sollte. Also:

  150 DM für Miete (incl. Strom, Gas, Heizung)
  200 DM für Nahrung
  250 DM für Kleidung, Neuanschaffungen, Fahrgeld, Hobbies usw.

Einige ältere Arbeiter werden sagen: Was wollen die überhaupt? Den Lehrlingen geht's doch so gut wie nie zuvor. Zu meiner Zeit hatten wir gar nichts.

Das ist überhaupt kein Argument. Wenn die Bourgeoisie damals die Arbeiterjugend so rechtlos behandelt hat, müssen die Arbeiter die heutigen Lehrlinge in deren berechtigtem Kampf unterstützen. Die Lehrlinge heute werden genauso unterdrückt, geändert haben sich nur die Methoden. Waren die Lehrherren früher offen reaktionär, so müssen sie heute meist auf hinterlistige Weise, auf die "vernünftige Tour" die Lehrlinge an ihr Ausbeutungssystem gewöhnen.

BESTELLSCHEIN

Hiermit abonniere ich "DIE REVOLUTIONÄRE STIMME" für ein halbes Jahr (für ein Jahr). Ich bezahle die Zeitung nach Erhalt der Rechnung.

.....
(Name und Anschrift)

Bestellungen sind zu richten an: Verlag NEUE EINHEIT, 1 Berlin 3o, Zietenstr. 22. Der Preis für ein Halbjahresabonnement (13 Nummern) beträgt 5,-DM (inclusive Porto), für ein Jahresabonnement 1o,-DM.

Die Forderungen der Lehrlinge sind berechtigt !

Die Lehrlinge müssen sich im klaren sein, daß sich die Auswirkungen der viel zu knappen Ausbildungsbeihilfe für sie gemildert haben, weil die Eltern die Hauptlast der Lebenshaltungskosten tragen. Unsere Forderungen sind so bemessen, daß die Auszubildenden unter 18 Jahren ihren Eltern einen angemessenen Betrag für die Unterhaltskosten geben können bzw. die über 19jährigen einen eigenen Haushalt führen können und alle darüber hinaus einen ausreichenden Betrag zur eigenen Verfügung haben.

Diese Forderungen werden bestimmt nicht am grünen Tisch zwischen Gewerkschaftsbossen und Kapitalisten durchgesetzt, sondern sie müssen genauso wie die Forderungen der Arbeiter erkämpft werden. Die Lehrlinge sind ein Teil der Arbeiterklasse. Deshalb sind ihre Forderungen Forderungen der Arbeiterschaft und müssen ebenso wie die anderen Forderungen der Arbeiterklasse gemeinsam getragen werden. Um die Lehrlinge in den Tarifkämpfen abzuspalten und sie oft genug als Streikbrecher einzusetzen, hat die Bourgeoisie ein "gesetzliches" Streikverbot für Auszubildende erlassen. Die Lehrlinge müssen, um das Streikverbot unwirksam zu machen und damit sie mehr Ausbildungsbeihilfe auch wirklich durchsetzen können, von ihren

älteren Kollegen in ihren Forderungen voll und ganz unterstützt werden. Dabei wird auch der Druck ihres Streiks vergrössert, weil dann die Lehrlinge nicht als Streikbrecher eingesetzt werden können.

Deshalb schafft eine einige Streikfront von Arbeitern und Lehrlingen !

Geheuchelte "Fürsorge" der BILD-Zeitung

Wie dreist die bürgerliche Presse lügt, wenn es darum geht, die Volksmassen zu täuschen, wird an folgendem Beispiel deutlich:

So schrieb die BILD-Zeitung auf dem bisherigen Höhepunkt der internationalen Wirtschafts- und Währungskrise:

"Auf dem Höhepunkt der Dollarkrise haben Millionen Deutsche nur eine Sorge: Was wird aus meinem Arbeitsplatz? Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit versichert: 'Falls Sie arbeitslos werden - wir helfen'."

Der Artikel selber setzt die Kampagne fort, auf größere Arbeitslosigkeit vorzubereiten und die Schuld für sowieso geplante Massenentlassungen einzig den Nixon-Beschlüssen zuzuschieben. Gleichzeitig werden Versprechungen gemacht, daß die dann Betroffenen volle Unterstützung von der Bundesanstalt erhalten und die Möglichkeit haben, sich auf Kosten der Behörde umschulen zu lassen. Dieser Artikel ist durch und durch geheuchelt.

Wir haben in der "Revolutionären Stimme" Nr. 3 und Nr. 4 dargestellt, weshalb die Arbeitslosigkeit geplant ist. Die westdeutsche Industrie verstärkt nämlich die Verlagerung, den Kauf und den Aufbau von Betrieben im Ausland, um dort die billigen Arbeitskräfte auszunutzen. Um diese Vorhaben auch finanzieren zu können, verstärken sie den Druck auf die westdeutschen Werktätigen. Damit wollen sie höhere Gewinne herauspressen. Ist die Produktion einmal ins Ausland verlagert, zögern sie keinen Augenblick, die hier überflüssig gewordenen Arbeitskräfte auf die Straße zu setzen.

Um ihre Pläne ungestört durchführen zu können, wollen sie die Werktätigen in einer breit angelegten Kampagne einschüchtern. Gleichzeitig beschwichtigen sie auch, daß alles gar nicht so schlimm sei, wenn nur die Werktätigen "vernünftig" wären bei ihren Lohnforderungen. Und bei Arbeitslosigkeit wäre schon für die Betroffenen gesorgt. Einen solchen Beschwichtigungsversuch stellt der BILD-Artikel dar, nachdem tags zuvor drohend die Auswirkungen der Wirtschaftskrise ausgemalt wurden. Man kann selber sehen, wieviel diese "Fürsorge" der Bourgeoisie wert ist, wenn man den BILD-Artikel mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vergleicht, die nicht für die Massen, sondern für die bourgeoisen Kreise geschrieben ist.
Am 4. 9. 71 wird dort in dem Artikel "Vom Überfluß zur Pleite" ein unverhüllter Überblick über die Finanzlage der Bundesanstalt für Arbeit gegeben. Es heißt darin, daß bei normaler Beschäftigung bis Ende 1972 mit einem Fehlbetrag von mindestens 1,5 Milliarden DM zu rechnen ist, wenn die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nicht erhöht werden. Dieses Defizit wird sich weiter erhöhen, wenn die Anstalt durch einen etwas härteren Winter mehr Schlechtwettergeld bezahlen muß. Dabei ist in dieser Rechnung ein Anwachsen der Arbeitslosen noch gar

nicht mit einkalkuliert. Den größten Teil der Ausgaben aber verschlingen Beiträge zur Ausbildung, Umschulung und Berufsförderung. Ausgerechnet mit der Möglichkeit der Umschulung aber versuchte die BILD-Zeitung (durch die Veröffentlichung ihres Interviews mit dem Präsidenten der Bundesanstalt) diejenigen zu beschwichtigen, deren Arbeitsplatz bedroht ist! Diese bürgerliche Zeitung fordert eine Einschränkung der Ausgaben für Umschulung und alles deutet darauf hin, daß das auch gemacht wird.

Es muß hier klar gesagt werden, daß die Kosten für die Umschulung nicht von der "Behörde" aufgebracht werden, sondern von den Beiträgen zur Arbeitslosenrentenversicherung.

Die Anstalt hat zwar noch Reserven; diese sind nur knapp halb so groß wie vorgeschrieben. Aber allein durch die Unterstützung von einer Million zusätzlichen Arbeitslosen wäre die Reserve von ca. 5 Milliarden nach einem Jahr aufgebraucht, wenn jeder etwa 400 DM pro Monat erhält. Was soll da noch für die Umschulung übrigbleiben.
Die BILD-Zeitung und der Präsident der Anstalt wußten natürlich Bescheid über die Finanzlage als das Interview stattfand. Es kam ihnen nur darauf an, im Dienst der westdeutschen Bourgeoisie die Werktätigen hinzuhalten,nicht den Kampf gegen die geplante Arbeitslosigkeit, gegen Lohnraub und gegen die Produktionsverlagerungen aufzunehmen. Diese Heuchelei ist um so unverschämter, weil die Bourgeoisie glaubt, mit ihren dreisten Lügen die Volksmassen an der Nase herumführen zu können. Diese Heuchelei ist aber auch notwendig für sie, weil sie nichts mehr fürchtet als das Erwachen der Volksmassen. Die Beschwichtigungen ergänzen die Einschüchterung und haben nur den Zweck die Werktätigen unvorbereitet, unorganisiert und möglichst kampflos die Lasten der gegenwärtig anwachsenden kapitalistischen Wirtschaftskrise und die Vormachtbestrebungen des westdeutschen Imperialismus tragen zu lassen.

Man will uns Stück für Stück, Schritt für Schritt immer mehr zumuten, um uns schließlich ganz in der Hand zu haben.

Die Gewerkschaftsführer und ihre Handlanger spielen dabei voll mit. Die Bourgeoisie will jetzt die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 1,3% auf 1,6% erhöhen. Der DGB kommt darüber hinaus mit dem Vorschlag, einen zusätzlichen "Arbeitsmarktbeitrag" zu erheben, um die Ausbildungs- und Umschulungskosten zu decken. Diese Ausgaben sind bisher von der Arbeitslosenversicherung bestritten worden. Sieht man von dem neuen Wort "Arbeitsmarktbeitrag" ab, bereitet dieser Vorschlag eine weitere, diesmal drastische Erhöhung der Arbeitslosenversicherung vor; er will sie nur besser verpakken.

Die Antwort auf die Pläne der Bourgeoisie kann für die Werktätigen nur heißen, selber den organisierten und von der Gewerkschaftsführung unabhängigen Kampf aufzunehmen, der sich nicht von Einschüchterungs- und Beschwichtigungsversuchen ablenken läßt. Auch das Gerede der Kapitalisten, der SPD- und Gewerkschaftsführung, "vernünftig" zu sein, heißt nichts anderes als Schritt für Schritt zurückzuweichen und die zunehmende Unterdrückung voll hinzunehmen. Dieser Kampf ist es, den die Bourgeoisie fürchtet und deshalb mit allen Mitteln entgegenarbeitet, weil er das einzige Mittel ist, ihre Pläne zu durchkreuzen. So müssen wir die Lügen in der BILD-Zeitung sehen.

Ostfriesen-Zeitung verleumdet "Die Revolutionäre Stimme"

Die "Ostfriesen-Zeitung" berichtete in ihrer Ausgabe vom 31. August in lügenhafter weise über die "Revolutionäre Stimme", die tags zuvor vor einigen Betrieben in dieser Gegend verteilt und verkauft worden war. Die freche Behauptung, daß es sich um eine Zeitung der D'K'P handeln würde, wurde inzwischen von der "Ostfriesen-Zeitung" widerrufen. Die "Revolutionäre Stimme" stieß keineswegs wie berichtet auf die Ablehnung der Arbeiter, sondern fand weitgehende Zustimmung. Eine weitere böswillige Lüge ist es, die KPD/ML versuche,"aus der Entwicklung bei den Olympia- Werken Kapital zu schlagen", sie versucht vielmehr, über die politischen Ereignisse und Entwicklungen wahrheitsgetreu zu berichten und die tatsächlichen Hintergründe aufzuzeigen, um so den Kampf der Arbeiter zu unterstützen und ihnen die Perspektive einer klassenlosen Gesellschaft, in der sich die schöpferischen Fähigkeiten des werktätigen Volkes entfalten können, zu zeigen.

Weder "absolut falsch" noch "völlig sinnentstellend" ist es, daß"die Kapilisten die internationale Währungskrise als Vorwand benutzen wollen, um von ihren Betriebsverlagerungen auf Kosten der deutschen Arbeiter abzulenken", wie die "Ostfriesen-Zeitung" es hinzustellen versuchte. Richtig dagegen ist, daß die Olympia-Büromaschinenwerke, nachdem sie bereits in Deutschland in solchen Gegenden produziert haben, wo die Löhne am niedrigsten sind (Ostfriesland, Bayern, "Zonen"randgebiet und Wilhelmshaven), nun mit Betriebsverlagerungen ebenfalls angefangenen haben. Sie verlegten die Produktion mechanischer Kleinschreibmaschinen nach Jugoslawien, weil sie dort wegen der noch erheblich niedrigeren Löhne um 40% billiger produzieren können. Was die westdeutschen Arbeiter davon haben, zeigt "die Entwicklung bei den Olympia-Werken".

DIE REVOLUTIONÄRE STIMME
(Sondernummer)

"Über den Kommunismus"

Preis DM 0,10

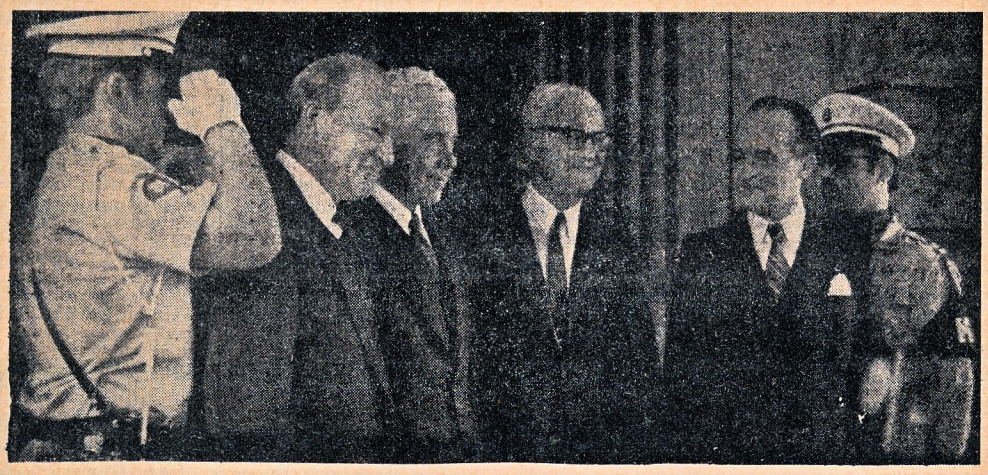
NEUE EINHEIT
(Sondernummer 2)

"Der 13. August und die revolutionäre Perspektive für die Westberliner"

Preis DM 0,10

(Fortsetzung von S.2)

paar lächerliche Worte im Vertragstext, die den Inhalt gar nicht entscheidend berühren. Damit will sie der DDR-Bevölkerung anscheinend vorgaukeln, daß sie noch die nationalen Interessen der DDR vertritt. Tatsächlich aber hat sich seit ihrem Machtantritt die SED von einer antiimperialistischen Partei, die sich gegen die dreisten Forderungen der westdeutschen Imperialisten einigermaßen entschieden zur Wehr setzte, zu einem Musterschüler des sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus verwandelt, der an seinem Rockzipfel hängt und brav alles nachplappert. So sind die DDR-Führer, die sich als die größten Friedensapostel aufspielen, heute mit zu größten Verleumdern, zu den ärgsten Kriegstreibern gegen die Volksrepublik China heruntergekommen. Ihre Liebedienerei gegenüber der Breschnew-Clique geht sogar soweit, daß sie ihren schmählichen Verrat an der DDR-Bevölkerung auch noch als Erfolg ihrer "Friedens"politik gegenüber den Westmächten ausgeben. Solche schmierigen, schwanzwedelnden Typen wie die SED- und SEW-Führer, die den Sozialimperialisten zu Kreuze kriechen, werden mit ihrer Heuchelei unter den Volksmassen aber nur auf Spott und Verachtung stoßen.



Die Botschafter der vier Mächte nach ihrem Schacher

Das Westberlin-Abkommen nützt allein den Imperialisten

Die westdeutsche Bourgeoisie will den Werktätigen ihre imperialistischen Manöver als "Entspannungspolitik" verkaufen. Dazu tut sie so, als ob gerade sie allen Seiten gegenüber verständigungsbereit sei und für einen "dauerhaften Frieden" in Europa eintrete. Das ist aber überhaupt nicht der Fall! Denn die Quelle für die Krisen, nämlich der aufstrebende westdeutsche Imperialismus, ist in keiner Weise beseitigt. SPD-Kanzler Brandt will mit seinem "Entspannungs"-gerede nur über das eigentliche Wesen des Abkommens hinwegtäuschen, nämlich daß es von miteinander kunkelnden und rivalisierenden Imperialisten ausgehandelt wurde. Die westdeutschen und westberliner Arbeiter spüren im Grunde, was für ein hohles Geschwafel das ganze "Entspannung"sgerede von Brandt & Co. darstellt. Sie müssen aber noch den grundlegenden Zusammenhang erkennen, daß die SPD einzig und allein die Interessen der westdeutschen Bourgeoisie vertritt und versucht, die Werktätigen für diese Interessen zu mißbrauchen.

Die SPD hat auf Grund des sozialimperialistischen Verrats so viele Forderungen für den westdeutschen Imperialismus erfüllt, daß die CDU neben ihr verblaßt. Die SPD konnte frohlocken wie der SPD-Regierende-Bürgermeister Schütz: "Wir haben jetzt den Status quo plus" - so viel wie bisher und noch ein Stück dazu. Sie weiß, daß sie fürs erste um die Anerkennung der DDR herumgekommen ist und kann nun ihre Einkreisungs- und Bevormundungspolitik gegenüber der DDR verstärken. Sie profitiert aus dem schändlichen Verrat der Sowjetrevisionisten und sieht grünes Licht für einen Vorwärtsmarsch des westdeutschen Imperialismus.

Unter demagogischen Friedensparolen versuchen Brandt & Co. weiterhin unter dem deutschen Volk für eine imperialistische Ausdehnungspolitik Propaganda zu machen. In seiner Fernsehrede sagte Brandt zum Westberlin-Abkommen: "Trotzdem: Wer wünschte nicht, daß mehr erreicht werden könnte!" Er meinte also, es sei zwar ein wenig bedauerlich, nicht gleich alles auf einmal zu bekommen, aber er machte keinen Hehl daraus, daß der "Kompromiß" nur eingegangen worden sei, um später noch mehr zu erreichen.

NEUE EINHEIT
Sondernummer 3/71:

Gegen das geplante Verbot der KPD/ML (NEUE EINHEIT)

SPD-Brandt und SPD-Schütz betreiben die Geschäfte des westdeutschen Imperialismus

Welch ein Hohn, wenn SED, SEW und D'K'P von einem Erfolg der fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland sprechen!

Fest steht, daß der westdeutsche Imperialismus gestärkt worden ist und daß die SPD nur an Einfluß gewonnen hat, eben gerade, weil die schleichende Taktik der SPD momentan den westdeutschen Imperialisten den größten Erfolg verspricht.

Für die fortschrittlichen Kräfte kommt es darauf an, sich nicht von der Friedensheuchelei der Imperialisten täuschen zu lassen. Sie müssen erkennen, daß die gegenwärtig ausgehandelten Abkommen den deutschen Imperialismus und damit die deutsche Reaktion wieder stärken werden, für deren Vernichtung im zweiten Weltkrieg Millionen von Menschen starben. Diese Stärkung des westdeutschen Imperialismus, dieses Komplott des internationalen Imperialismus werden letztlich auf keinen Fall zur"Entspannung", sondern nur zur Verschärfung der Konflikte in Europa führen. Die Völker, die auch in Europa beginnen, den revolutionären Kampf gegen die Imperialisten zu führen, müssen sich auf diese Entwicklung vorbereiten und entschlossen allen reaktionären Machenschaften eine entschiedene Abfuhr erteilen.

Die Revolutionäre Stimme

Herausgeber:
Kommunistische Partei Deutschlands/
Marxisten-Leninisten (NEUE EINHEIT)
Verantwortlich: Klaus Sender
Redaktionsadresse:
Verlag Neue Einheit,
1 Berlin 3o, Zietenstr. 22
Telefon: o311 / 216 23 57
(Montag bis Freitag 18 - 2o h)
Eigendruck im Selbstverlag
erscheint alle zwei Wochen
im Abonnement erhältlich
Einzelpreis DM 0,20

Der Renegat Chruschtschow ist tot

Die westliche Presse erinnert sich dieser Tage gern an Chruschtschow zurück, als den Clown auf der Bühne der Weltpolitik, der für sie ein "menschliches Antlitz" trug. In der Tat haben ihm die imperialistischen Bourgeoiscliquen in aller Welt eine Menge zu verdanken. Vor allem loben sie ihn dafür, daß er Stalin vor aller Welt in übelster Weise verleumdete und der Herrschaft der Arbeiterklasse, dem Aufbau des Sozialismus ein zeitweiliges Ende setzte.

Chruschtschows Verrat an Stalin war aber nichts anderes als ein Verrat an der Sache der Revolution, Verrat am sowjetischen Volk und Verrat an der internationalen kommunistischen Bewegung. Dieser jämmerliche Wicht unternahm den wahnwitzigen Versuch, den Lauf der Geschichte aufzuhalten. Er schlich sich durch jahrzehntelange abgrundtiefe Heuchelei in die Führung der KPdSU(B) ein, um sogleich nach Stalins Tod mit seinen verbrecherischen Kumpanen einen konterrevolutionären Putsch durchzuführen und die Macht in Partei und Staat an sich zu reißen. Gestützt durch kapitalistische, trotzkistische und faschistische Überbleibsel, die gefügige Werkzeuge in den Händen der ausländischen Ausbeutercliquen waren, führte er Stück für Stück den Kapitalismus wieder ein und verwandelte die Diktatur des Proletariats in die Diktatur einer neuen Bourgeoisie.

Chruschtschows sogenannte "Liberalisierungsmaßnahmen" ruinierten die sowjetische Volkswirtschaft, die zuvor unter der sozialistischen Planwirtschaft einen in der Geschichte beispielhaften Aufstieg erlebt hatte. Er biederte sich in jeder Hinsicht bei den USA an, um gemeinsam mit diesen die Welt unter sich aufzuteilen und überall die zum Befreiungskampf aufstrebenden Volksmassen brutal niederzudrücken. In seinem wahnwitzigen Großmachtstreben wollte er die "Bruderländer" zu hörigen Anhängseln der Sowjetunion machen und zettelte eine großangelegte, zügellose und lügenhafte Hetzkampagne gegen das sozialistische China und Albanien an.

Chruschtschow geriet jedoch bei seinem kläglichen Versuch, durch solche üblen Machenschaften das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen, immer mehr in ein riesiges Dilemma, weil dieser Narr den revisionistischen Karren schließlich überhaupt nicht mehr gradaus lenken konnte. Er wurde von Breschnew & Co., die einen härteren, offen sozialimperialistischen und sozialfaschistischen Kurs lenken wollten, kurzerhand dazu gezwungen, von der Bühne abzutreten.

Chruschtschow hielt sich für einen grossen "Helden", die Volksmassen jedoch für töricht. Die Volksmassen aller Länder werden ihm die gebührende Antwort erteilen und diesen großen Intriganten und lächerlichen Wicht für alle seinen ruchlosen Verbrechen an den Schandpfahl der Geschichte nageln.